

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Wochenschrift Dresden
Verlags-Gesellschaft: 10011
Rex für Nachrichten: 10011
Verlag: W. G. Neumann, Neudammstr. 10, Dresden

Belegpreise bei Nichtannahme: 1.00 Mk. (einschl. 10 Pf. für Porto)
Belegpreise bei Abnahme: 1.00 Mk. (einschl. 10 Pf. für Porto)
Belegpreise bei Abnahme: 1.00 Mk. (einschl. 10 Pf. für Porto)

Druck: W. G. Neumann, Neudammstr. 10, Dresden
Verlag: W. G. Neumann, Neudammstr. 10, Dresden

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Nur die Sozialisten gegen die Todesstrafe

Professor Rahl erklärt sich für Beibehaltung

Berlin, 26. Januar. In der Aussprache im Strafrechtsausschuss des Reichstages gab

Dr. Jürissen (Wirtschaftsp.)

eine Erklärung ab, in der er darauf hinwies, daß durch das Verbleiben der beiden Parteien der nationalen Opposition die Abschaffung der Todesstrafe und die Befreiung oder mindestens die Einschränkung der Bestimmungen über Aburteilung und Unterbrechung der Schwangerschaft vorauszusetzen sei. Es werde dadurch ein Anstoß gegeben, der der Weltanschauung und dem sittlichen und dem religiösen Empfinden breiterer Volksteile zuwider sei und zur größten Verwirrung führen müsse, da man im Lande überliege, daß es sich um Anfallsdelikte handele. Die Verantwortung für die weitere Mitarbeit an den weltanschaulichen Fragen des Strafrechtswissenschaftlers müsse daher unumkehrbar den übrigen bürgerlichen Parteien überlassen bleiben. Die wirtschaftspolitische Fraktion werde die Mitarbeit wieder aufnehmen, sobald die regierende Fraktion des Ausschusses wieder ermächtigt sei. Daran verließ Jürissen den Sitzungssaal.

Emminger (Bayr. Volksp.)

bedauerte, daß mitten in den Bemühungen, die Streitfragen auf das geringste Maß zu beschränken, das Kapitel der Todesstrafe und der Aburteilung angeschnitten worden sei.

Bei dem Fehlen der Nationalsozialisten und Deutschnationalen können in der Tat Beschlüsse gefaßt werden, die der Reichstagsversammlung selbst sicher wieder abändern.

Hg. Dr. Bell (Z.)

führte aus: Die volle Verantwortung dafür, daß über diese außerordentlich wichtigen Fragen im Ausschuss Beschlüsse gefaßt werden, deren Umgestaltung im Plenum bestimmt zu erwarten ist, müssen wir denjenigen Parteien überlassen, die sich der Teilnahme am Ausschuss entziehen.

Hg. Dr. Marum (Soz.) erklärte, ebenso wie der Zentrumsvorredner im Ausschuss zu bleiben.

Hg. Dr. Jürissen und wies auf den Vorschlag des Hg. Emminger zurück, die Beratung der Tötungsdelikte zurückzustellen.

Der Vorsitzende, Hg. Dr. D. Rahl (D. Sp.), führte aus, der Strafrechtsausschuss habe einen Auftrag vom Reichstag bekommen, den er als der Vorsitzende des Ausschusses durchzuführen müsse und werde. Auf das Wesen seines Mandats könne irgendeine pflichtwidrige Handlung irgendeiner Partei oder einer Person keinen Einfluss ausüben. Welche Korrekturen die letzten Beschlüsse erfahren, sei Frage der Zukunft und gehöre zur Zuständigkeit des Plenums. Dann trat der Ausschuss in die Beratung des

Strafrechtskapitels der Todesstrafe

ein. Hg. Gelske (Komm.) begründete den kommunistischen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe.

Hg. Bell (Z.) erklärte: Bei dem abscheulichen Verbrechen des Mordes glauben wir zur Sicherung von Staat und Gesellschaft auf die Todesstrafe nicht verzichten zu dürfen. Von diesem Standpunkte abzugehen, haben wir auch im Hinblick auf die inwärtigen zur Beurteilung gelangten Mordfälle keine Veranlassung.

Von Regierungsseite wurde ausgeführt, daß der Entwurf eine

wesentliche Einschränkung der Todesstrafe

enthalte, da er selbst bei Mord mildernde Umstände zuläße. Die Verhandlungen des Ausschusses hätten gezeigt, daß praktisch in Deutschland keine Fälle der Vollstreckung einer unbegründeten Todesstrafe bekannt sind.

Hg. Dr. D. Rahl (D. Sp.)

gab zur Todesstrafe folgende Erklärung ab: Zweimal habe ich den Antrag gestellt, die Todesstrafe durch „Lebenslanges Zuchthaus“ mit der Wahgabe zu ersetzen, daß „ein wegen Mordes zu lebenslanger Zuchthausstrafe Verurteilter im Falle einer Begnadigung in Genuß zu gelangen wahrzunehmen überlassen ist“. Ich werde den Antrag in gegenwärtiger Lage nicht wieder aufnehmen. Nicht etwa aus juristischen Bedenken. Man hat ihm entgegengehalten, daß er rechtswidrig in das Begnadigungsrecht eingreife. Das bestreite ich. Ich verzichte auf Wiederbringung aus Rücksicht auf den allgemeinen Zeitverhältnisse. Die Tötungsdelikte haben sich vermehrt, ja stellenweise und zeitweise sich zu einem regelrechten Mittel im politischen Kampf der Parteien ausgewachsen. Vor allem aber haben sich der Welt nach so schreckliche Mordfälle ereignet, daß einzelne Länder, auch Preußen, dessen Zustimmung zu den ausgedruckten Gesetzen bedürftig, der Regierung der Reichsregierung nicht nachfolgen konnten, sondern sich zur Vollstreckung der Todesstrafe entschließen mußten. Die gegenwärtige Zeitlage ist nicht günstig, ihre Abschaffung ins Auge zu fassen.

Hg. Dr. Marum (Soz.) beantragte Abschaffung der Todesstrafe. Es genüge die lebenslängliche Einschließung des sozialen Rechtsbrechers. Die endgültige Entscheidung über die Todesstrafe werde von größter Bedeutung sein für die Stellung der Sozialdemokratie zum Strafrechtswesen im Ganzen.

Hg. Dr. Fischer-Rohr (Staatsp.) war der Ansicht, daß nach den eindrucksvollen Erklärungen des Vorsitzenden zur Todesstrafe eine ganz neue Lage geschaffen sei, und daß er angesichts dieser neuen Sachlage mit seiner Fraktion erst Rücksprache nehmen müsse.

Da in der nächsten Woche der Rechtsausschuss über die erstenabfindung wichtige Beratungen abhalten soll und die Mitglieder des Strafrechtsausschusses meist auch dem Rechtsausschuss angehören, so legte man zunächst die Beratung über die Todesstrafe aus.

Zwischen Volksbegehren und Volksentscheid

Die gestrige Landtagssitzung mit der Auflösungsdebatte war der notwendige Zwischenakt zwischen dem sächsischen Volksbegehren und Volksentscheid. An und für sich ist es kein neues Thema im sächsischen Landtag; denn Auflösungsanträge hat es schon genug gegeben, und geredet wurde darüber mehr als genug. Der Unterschied ist nur, daß die Forderung nach Auflösung und Neuwahl nicht von einer einzelnen Partei, sondern von mehr als einem Fünftel der Bevölkerung gestellt wird. Daß sich der Landtag aber auch in diesem Fall der peinlichen Frage gegenüber ablehnend verhalten würde, war voraussehen. Obwohl eine positive Entscheidung auch vom Standpunkt der auflösungsfreudigen Parteien aus der Überlegung wert gewesen wäre. Nicht nur, weil der Volksentscheid die Spitze abgedroht gewesen wäre, wenn Sachsen kurz entschlossen im Mai zusammen mit Preußen, Bayern, Württemberg und einigen kleineren Ländern gewählt hätte. Auch aus einem anderen Grunde. Gerade den Parteien, die das Wort „demokratisch“ im Firmenschild führen, müßte doch der gegenwärtige Zustand mit einer Regierung, die praktisch vom Landtag unabhängig ist, und mit einem Parlament, das nichts zu sagen hat, ein Greuel sein. Da der Landtag in seiner letzten Zusammensetzung erwiesenermaßen zu jeder politischen Initiative unfähig ist und da andererseits das Volk offensichtlich in politischer Umstimmung begriffen ist, müßten Sozialdemokraten und Demokraten der Theorie nach mit Freuden zugreifen, um diesem höchst undemokratischen System ein Ende zu machen. Stärker als alle Programmpunkte ist aber der Selbsterhaltungstrieb dieser Parteien. Das hat in einer der letzten Sitzungen ein sozialdemokratischer Redner in klassischer Form zum Ausdruck gebracht. Er sagte, in den sächsischen Volksschulen seien die Arbeiterkinder zur Zeit damit beschäftigt, auszurechnen, wie der sächsische Landtag aussehen würde, wenn er jetzt neugewählt würde. Und das Ergebnis dieser Rechnung ist es, was die Sozialdemokratie, von deren Stimmen die Entscheidung auch getrennt werden abhinge, zur schärfsten Wegernerin des Auflösungsgebanten macht. Alles andere ist eitel Spiegelgläserel.

Immerhin war es interessant, zu sehen, wie sich die Sozialdemokratie gestern der von links und rechts niederprasselnden Heide zu erwehren suchte. Ihre Einstellung wird immer gouvernementaler; der ehemals berühmte sächsische Radikalismus hat sich im Laufe der Tolerierungspolitik vollständig verflüchtigt. Auf die „sächsische Gefahr“ hat er sich nicht gekannt wie das Kantische auf den gähnenden Schlund der Schlange; um die Rechte an der Wählerregulierung zu hindern, um den Tag des Gerichts wenigstens hinauszuschieben, bringt der rechte Flügel des Marxismus jedes Opfer der Überzeugung. Natürlich wird das nicht so geradeheraus gesagt. Der sozialdemokratische Redner schlich vorsichtig um den heißen Brei herum, sprach viel von der Krise des Kapitalismus, von Differenzen in der Datzburger Front und noch weiterliegenden Dingen, er schlug nach rechts und links um sich, um möglichst wenig davon sagen zu müssen, daß die Partei den gegenwärtigen Landtag gegen alle Auflösungsansätze ausdauernd verteidigt.

Nach der Abwehr geistlicher persönlicher Angriffe des Sozialdemokraten legte dann der deutschnationale Fraktionsführer Siegert den bekannten Standpunkt seiner Partei dar. Er betonte mit Nachdruck die verfassungsmäßige Anomalie der seit 14 Jahr bestehenden Regierungszustände in Sachsen. Schuld daran ist der Landtag, und weil er sich seiner wichtigsten Pflicht, der politischen Regierungsbildung, entzieht, soll er verschwinden. Den Einwand der guten Verwaltungsbearbeit, die von der Beamtenregierung Schick geleistet wird, wiesen die Deutschnationalen als eine Verhinderung der Hauptfrage zurück, die richtig gestellt, heißen muß: Was hat dieser Landtag geleistet? Und darauf heißt die Antwort: Nichts. Wenigstens nichts Positives. Viel rednerischer und humanitärer Aufwand wurde kläglich vertan mit dem Ergebnis, daß sich der Landtag auf den Weg des Reichstags begeben und sich selbst als bestimmenden Faktor aus dem Staatsleben ausgeschlossen hat. Warum also sein unwürdiges Schattendasein verlängern? Sächsisch gehen die Wünsche der Deutschnationalen nach einer Regierung, die befähigt ist, den politischen Willen des Volkes vor allem der Reichsgewalt gegenüber zu vertreten, nicht zuletzt im Interesse der Aufrechterhaltung der sächsischen Selbstständigkeit. Aus diesem Gesichtspunkt, meinte der Hg. Siegert, müßten gerade die Freunde des sächsischen Regierungskreises für die Landtagauflösung und für den Volksentscheid eintreten.

Der Redner der Nationalsozialisten, Hg. Studentowski, wies treffend darauf hin, daß die Abneigung der Sozialdemokratie gegen Volksbefragungen noch nicht ab ist. Ihr Beginn fällt mit dem Abklingen der marxistischen

Englisches U-Boot mit 40 Mann gesunken

London, 26. Jan. Die englische Admiralität teilt mit, daß das Unterseeboot „M. 2“ am Dienstagmorgen, etwa fünf Meilen von Portland ab, bei Tauchübungen gesunken ist. Torpedoboote und Unterseeboote eilten herbei, um die Unfallursache abzuklären. Späterhin alarmierte der Chef der Marineflottille in Portsmouth die dortige Minensuchboottottille, deren Mannschaften sich gerade auf Landurlaub befanden und aus Lichtspieltheatern und Restaurants herbeigeholt werden mußten. Die Minensuchboote besahen mit ihren Suchgeräten den Seeraum, in dem das Unterseeboot liegen kann, haben es aber bisher noch nicht gefunden, obwohl das Wasser an der Unfallstelle nur etwa 22 Meter tief ist.

Am Bord des „M. 2“ befanden sich etwa 40 Mann. Das letzte drahtlose Signal des Unterseebootes wurde kurz nach 10 Uhr morgens gelehrt. — Die Boote der „M. Klasse“ wurden gegen Schluß des Krieges in Danangriff genommen und trugen ein schweres 30,5-Zentimeter-Geschütz. Ihre Konstruktion hat niemals recht befriedigt, und schon früher hat die englische Marine mit dieser Klasse schlimme Erfahrungen gemacht. Das Boot „M. 2“, das 1450 Tonnen groß ist, ist 1920 vom Stapel gelassen und ein Schwesterboot des Bootes, das im Jahre 1925 im Wermelskanal unterging, wobei 36 Mann den Tod fanden.

Die Japaner besetzen Chardin

Tokio, 26. Jan. Am Dienstagvormittag um 11 Uhr besetzte die Kavallerie des japanischen Generals Sijō das chinesische Gebiet der Stadt Chardin. Die einmarschierenden Truppen entwaffneten die chinesische Polizei und zügelten auch in mehrere andere Stadtbezirke ein. Die Lage soll sehr kritisch sein.

Lage in Shanghai äußerst gespannt

Shanghai, 26. Jan. Die chinesischen Streitkräfte in Shanghai sind durch die in den letzten Tagen erfolgten Truppenzusammenschüßungen auf rund 17 000 Mann gebracht worden. Die japanischen Streitkräfte sind auf 4000 Mann angewachsen und an den wichtigsten strategischen Punkten des Hafenbezirks aufgestellt. Die Lage ist nach wie vor äußerst gespannt.

Ueber die Annahme des japanischen Ultimatums ist immer noch keine Einigung zustande gekommen. Die Bevölkerung befürchtet, daß die Marinebehörden ihre Absicht, die wichtigsten Punkte von Groß-Shanghai einschließlich der chinesischen Befestigungen zu besetzen, bei einer weiteren Verzögerung der Annahme des Ultimatums durch den chinesischen Bürgermeister in die Tat umsetzt.

Im Ruderboot über den Atlantischen Ozean. Der deutsche Staatsangehörige Wilhelm Wist hat heute am Dienstagmorgen von Lissabon aus mit seinem fünf Meter langen Ruderboot zu einer Ueberfahrt nach Reusport.